

FREMDSPRACHEN

Mehr Deutsch statt Frühfranzösisch: Grossrätin fordert Fremdsprachenstrategie an Basler Volksschulen

Im Kanton Baselland wurde jüngst eine Evaluation des Frühfranzösisch in Auftrag gegeben. Nun kommt auch in Basel-Stadt Bewegung in die Diskussion. GLP-Grossrätin Sandra Bothe fordert in einem Vorstoss einen ähnlichen Bildungsweg wie im Baselland.

Laura Ferrari

20.04.2023, 17.55 Uhr

Merken

Drucken

Teilen



In der Primarstufe sollte der Fokus auf Deutsch und Mathematik gelegt werden statt auf Französisch. Ganz gestrichen werden soll es aber nicht, findet GLP-Grossrätin Sandra Bothe.

Bild: Christian Beutler /
Key

Im Baselbiet steht das Frühfranzösisch auf der Kippe. ↗ In Basel-Stadt ist ein anderer Ansatz geplant: So sollen Sekundarschüler- und schülerinnen im Leistungszug A ab der zweiten Klasse die Möglichkeit haben, Französisch abzuwählen, um den Fokus auf Deutsch zu legen. Dieses Vorgehen findet die Grossrätin Sandra Bothe (GLP) fragwürdig: «Wenn Schülerinnen und Schüler im A-Zug kein Französisch mehr haben, ist die Durchlässigkeit in den Leistungszügen in Gefahr. Das hat Auswirkungen auf die Chancengleichheit.» Das sei kein gutes Signal an die Jugendlichen, sagt sie.

Mehr Mathe und Deutsch auf Primarstufe?

In ihrem Vorstoss schreibt sie dazu: «Man kann sich grundsätzlich die Frage stellen, ob Deutsch und Mathematik nicht bereits in der Primarschule stärker gewichtet werden sollten.» Dann könne das Französisch in der Sekundarstufe beibehalten werden. Ob sich das frühe Erlernen einer Fremdsprache nämlich positiv auf den Lernprozess auswirke, sei nicht wissenschaftlich bewiesen, sagt Bothe.

«Wir brauchen eine Bildungsstrategie beim Erwerb von Fremdsprachen an der Volksschule», sagt die Grossrätin. In ihrem Vorstoss fordert sie von der Regierung eine Prüfung der aktuellen Sprachenstrategie hinsichtlich ihrer Effizienz, und wie sie «ergebnisorientiert» angepasst werden kann. Die Grossrätin strebt eine koordinierte Strategie insbesondere mit dem Kanton Baselland an und möchte vom Regierungsrat wissen, welche Schritte nötig wären, um Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.